

Kinder sind immer die Opfer der Anderen

Zum jüngsten Bericht des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikten

von Bernhard Klaus

Dass besonders Kinder unter bewaffneten Konflikten leiden, ist sicherlich zutreffend und kann nicht oft genug betont werden. Insofern sind die jährlichen Berichte des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikten ein durchaus wichtiges Instrument, um das Innenleben und die oft negierten Folgen von Kriegen und bewaffneten Konflikten zu veranschaulichen. Die Rezeption dieser Berichte droht jedoch, das Bild der eigenen Kriege als chirurgische Präzisionseingriffe gegen barbarische Bürgerkriege auf der anderen Seite zu reproduzieren und damit gerade die jüngsten Opfer von Kriegen und Konflikten als Vorwand für weitere Interventionen zu instrumentalisieren.

Dabei soll keineswegs gelehnet werden, dass Kinder häufiger in irregulären bewaffneten Gruppen eingesetzt werden als in regulären Armeen und dass in asymmetrischen Konflikten Kinder – wie die zivile Bevölkerung insgesamt – wesentlich stärker in die bewaffneten Auseinandersetzungen einbezogen werden als in manchen zwischenstaatlichen Kriegen. Allerdings unterwandern auch die NATO- und EU-Staaten gezielt das humanitäre Kriegsvölkerrecht (indem sie etwa ihre Gegner nicht als Kombattanten anerkennen und sie im Falle der Gefangenschaft nicht als Kriegsgefangene behandeln) und setzen ihre Strategien immer stärker auf die Eskalation solcher asymmetrischer Konflikte und die einseitige Unterstützung einer oder mehrerer Konfliktparteien. Sie tragen damit nicht nur grundsätzlich zu einer Ausweitung asymmetrischer Konfliktslagen bei, sondern auch für die Rekrutierung und Misshandlung von Kindern mittelbar und oft auch unmittelbar Verantwortung.

Nachdem die UN-Sondergesandte für Kinder in bewaffneten Konflikten am 11. Juni 2012 den aktuellen Bericht (http://www.un.org/children/conflict/_documents/A66782.pdf) vorstellte, berichtete die deutsche und internationale Presse nahezu ausschließlich über die Übergriffe, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die darin dem syrischen Regime vorgeworfen werden. Oft genug schloss an diese Berichte gleich die Forderung nach einer härteren Gangart gegen das Assad-Regime an. Das ist durchaus nachvollziehbar - allerdings wäre wünschenswert gewesen, dass zumindest einige Journalisten auf den Bericht in seiner gesamten Breite eingegangen wären. Daraus hätte sich ein anderes Bild über das aktuelle Konfliktgeschehen und auch die Folgen westlicher Interventionen ergeben.

Afghanistan – Folter an den nicht anerkannten Kriegsgefangenen

In alphabetischer Reihenfolge werden in dem Bericht die Folgen bewaffneter Konflikte für Kinder in 21 Staaten und Regionen dargestellt und in den meisten Fällen mit Beschreibungen nachgewiesener Einzelfälle veranschaulicht (hiervon weicht Syrien ab, wo sich überwiegend auf Augenzeugenberichte u.a. desertierter Soldaten bezogen wird). Damit beginnt der Bericht mit der Lage in Afghanistan. Dort seien 2011 in 316 Fällen Minderjährige von bewaffneten Gruppen rekrutiert worden, „ein Großteil davon“

von oppositionellen Gruppen. Es wird ein Vorfall beschrieben, in dem ein achtjähriges Mädchen für einen „Selbstmord“-Anschlag missbraucht worden sei, oft wüssten die Kinder, die hierfür instrumentalisiert werden, nicht einmal, dass sie eine Bombe tragen. Wieviele der Rekrutierungen Minderjähriger auf das Konto der Regierungstruppen gehen, wird nicht konkret benannt, was angesichts der präzisen Gesamtzahl erstaunt. Auch konkrete Angaben darüber, wieviele Kinder in Hafteinrichtungen der Besatzungstruppen festgehalten werden, kann der Bericht angeblich nicht machen. Es gebe auch keine Berichte auf Missbrauchsvorfälle in den Hafteinrichtungen der internationalen Truppen, Minderjährige aber, die von diesen an afghanische Gefängnisse übergeben wurden, seien u.a. durch Schläge, Elektroschocks und sexuelle Gewalt bis hin zur Vergewaltigung missbraucht worden. Dass die Verhöre in den afghanischen Gefängnissen u.a. durch den vom BND finanziell und durch Ausbildung unterstützten Afghanischen Geheimdienst NDS durchgeführt werden und es dabei zu Misshandlungen kommt, über die bereits die UN-Mission in Afghanistan berichtete, bleibt an dieser Stelle jedoch unerwähnt. Insgesamt seien 2011 1.325 Fälle dokumentiert worden, in denen Kinder umkamen oder verletzt wurden, etwa ein Drittel von ihnen durch Selbstmordanschläge und Sprengfallen der Taliban oder anderer oppositioneller Gruppen. 129 Kinder seien „im Kreuzfeuer“ zwischen der (von der NATO aufgebauten) afghanischen Armee und anderen bewaffneten Gruppen umgekommen, 110 Kinder seien - dokumentiert durch Luftangriffe der afghanischen Armee und der internationalen Truppen - getötet und 68 verletzt worden, 431 Kinder wurden Opfer von Minen oder Blindgängern.

Somalia – keine Erwähnung der EU, SA und der AMISOM

Aufschlussreich ist auch der Abschnitt zu Somalia, wo für das Jahr 2011 948 Fälle der Rekrutierung Minderjähriger dokumentiert sind. Auch hier steht die konkrete Zahl in einem Missverhältnis zur sehr vagen Angabe, dass „die meisten“ von ihnen durch die Al-Shabab-Miliz rekrutiert wurden, während zugleich die Rekrutierung Minderjähriger durch die mit westlicher Hilfe aufgebaute Armee der Somalischen Übergangsregierung TFG außer Frage steht. Aufschlussreich ist hier v.a. die Angabe, nach der die Übergangsregierung „versehentlich“ 86 Kinder rekrutierte, die anschließend vom Ausbildungslager Bihanga in Uganda repatriert wurden. Auch hier fehlt die Erläuterung, dass die von der TFG rekrutierten Soldaten von den USA nach Bihanga geflogen und dort im Rahmen einer EU-Ausbildungsmission von europäischen (darunter knapp 20 deutschen) gemeinsam mit ugandischen Soldaten ausgebildet werden. In den drei größten Krankenhäusern Mogadischus seien 7.799 Kinder an konfliktbedingten Verletzungen gestorben, weitere 362 getötete Kinder seien von der UN verifiziert worden. Der anhaltende Konflikt begünstige auch sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen von Kin-



den, von denen 2011 252 Fälle berichtet und in der Mehrzahl den Kräften der Übergangsregierung und verbündeten Milizen angelastet worden seien. Bemerkenswerterweise tauchen die Truppen der AMISOM in dem Bericht überhaupt nicht auf, obgleich diese mit ihrer Offensive in Mogadischu im Zuge der Hungerkatastrophe 2011 für die Eskalation der Gefechte hauptverantwortlich waren und sie seitdem mit rund 20.000 Soldaten die bei weitem größte bewaffnete Gruppe in Mogadischu darstellen. Die AMISOM wird von der EU-Mission Atalanta logistisch unterstützt und hauptsächlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert – seit 2007 mit über 325 Mio. Euro, wovon alleine Deutschland 20% beisteuert.

Libyen 29 tote Kinder im Nebel der Gefechte

Natürlich – und das wird im Bericht auch mehrfach betont – liegen die tatsächlichen Zahlen jeweils bedeutend höher. In den meisten Fällen jedoch bemüht sich der Bericht lediglich, möglichst gesicherte Erkenntnisse und Zahlen zu nennen. Nur so lassen sich die im Verhältnis gering erscheinenden Zahlen etwa aus der Demokratischen Republik Kongo erklären, wonach 272 Fälle von Rekrutierungen von Kindersoldaten und 108 Fälle von Vergewaltigungen von Kindern dokumentiert wurden, obwohl beides in verschiedenen Regionen dieses großen Landes leider an der Tagesordnung ist. Für die dokumentierten Fälle von Vergewaltigung werden überwiegend die Regierungskräfte verantwortlich gemacht, die mit kräftiger Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und u.a. im Rahmen von zwei EU-Missionen ausgebildet und ausgerüstet werden. Eindeutige Aussagen lassen sich jedoch wegen der enormen Dunkelziffer hierzu sicher nicht treffen.

Auffällig gering und vage sind auch die Angaben zu Libyen. Ganz selbstverständlich – und nicht ohne Bewunderung – berichteten hier vor einem Jahr noch Reporter des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks von 14-jährigen Kindern mit Schnellfeuergewehren, die sich dem bewaffneten Aufstand angeschlossen hätten. Auf entsprechende Hinweise verweist auch der Bericht, es sei jedoch nur in 17 Fällen die Rekrutierung von Kindersoldaten bestätigt worden. Wie lückenhaft die Untersuchungen im Falle des libyschen Bürgerkrieges waren, beweist auch der Hinweis auf eine im Mai 2011 vom Nationalen Übergangsrat angeblich erlassene Direktive, keine Kinder für die Fronteinsätze zu rekrutieren. Die Existenz dieser Direktive konnte jedoch bis zum Abschluss des im Juni 2012 veröffentlichten Berichtes nicht verifiziert werden. Auch die Zahl von 129 getöteten und 247 Fällen von verstümmelten Kindern erscheint angesichts von selbst nach konservativen Schätzungen mindestens 30.000 Kriegstoten ein eher verzerrtes Bild wiederzugeben. Die meisten dieser toten Kinder geht nach dem Bericht auf Beschuss durch die Regierungskräfte oder wiederum „Kreuzfeuer“ zwischen diesen und der bewaffneten Opposition zurück. Demgegenüber werden nur drei konkrete Fälle benannt, bei denen insgesamt 29 Kinder „im Zusammenhang mit NATO-Operationen“ getötet wurden.

Besondere Aufmerksamkeit für Syrien

Neben Libyen wurde im aktuellen Bericht des UN-Generalsekretärs auch Syrien neu aufgenommen. Anders als in Libyen hat die UN-Sondergesandte jedoch eine eigene Erkundungsmission nach Syrien bzw. in die Flüchtlingslager jenseits der Grenze entsandt. Dennoch beruht der Abschnitt zu Syrien in scharfem Kontrast zum restlichen Bericht ganz überwiegend nicht auf dokumentierten Fällen, sondern häufig auf Zeugenaussagen

von Deserteuren (die Wortstämme „Zeugen“ oder „bezeugen“ im deutschen Wortsinne tauchen alleine im Abschnitt zu Syrien sechs Mal, ansonsten in allen anderen Länderberichten jedoch nur ein weiteres Mal im Abschnitt zu Libyen auf). Anders auch als im restlichen Bericht wird nicht ausschließlich auf Kinder fokussiert, sondern meist die Zahl der Gesamtopfer von Vorfällen benannt. Was die konkret angegebenen Zahlen zu getöteten Kindern angeht, summieren sich diese im Berichtszeitraum auf insgesamt acht Fälle, anders jedoch als in den anderen Länderberichten werden jedoch auch Fälle außerhalb des Berichtszeitraumes beschrieben, „weil die Schwere dieser Fälle ihre Aufnahme in den Bericht notwendig macht“ (in der Demokratischen Republik Kongo hingegen, wo die Kämpfe und Vertreibungen ebenfalls seit Beginn des Jahres massiv eskaliert sind und ethnisiert wurden, wird dies hingegen nicht für nötig gehalten). Dabei wird insbesondere auf den Angriff der Syrischen „Sicherheitskräfte“ auf das Dorf Ayn l’Arouz am 9. März 2012 eingegangen, bei dem zunächst elf Zivilisten (darunter drei Kinder) getötet und 34 Personen festgenommen wurden, von denen später vier (darunter zwei Kinder) erschossen und verbrannt wurden. Außerdem seien bei diesem Vorfall Dutzende von Kindern zwischen acht und 13 Jahre verschleppt und als menschliche Schutzschilder missbraucht worden. Darüber hinaus erschöpft sich der Bericht zu Syrien überwiegend in summarischen Angaben, wonach „in fast allen dokumentierten Fällen Kinder unter den Opfern von militärischen Operationen der Regierungskräfte“ waren und Kinder ab 14 Jahren in der Haft u.a. mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert wurden. Ebenfalls ohne konkrete Zahlen werden „gläubwürdige Vorwürfe“ zitiert, nach denen auch die „Freie Syrische Armee“ und andere bewaffnete Oppositionsgruppen auf Kinder zurückgreifen würden.

Zumindest offen für Instrumentalisierung

Wie gesagt sind die Berichte des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikten ein wichtiges Instrument, um die Folgen von Kriegen und Konflikten insgesamt und insbesondere für Kinder zu veranschaulichen. Allerdings müssen auch diese Berichte kritisch gelesen werden, da sie offensichtlich politischen Konjunkturen unterliegen und unterschiedliche Maßstäbe ansetzen. Kritikwürdig ist beispielsweise die ans Systematische grenzende Ausblendung der Verantwortung und Beteiligung westlicher Staaten an den Bürgerkriegen und die auffällige Verwendung des Begriffes „Kreuzfeuer“, wenn es um die minderjährigen Opfer ihrer Verbündeten geht. Unterschiedliche Maßstäbe können sich dann ergeben, wenn in unterschiedlichen Fällen entweder nur auf dokumentierte Fälle verwiesen wird oder summarische Angaben womöglich gar auf der Grundlage von Zeugenaussagen von Angehörigen einzelner Konfliktparteien wiedergegeben werden. Denn die dokumentierten Fälle und die aus ihnen aufaddierten Opferzahlen können grundsätzlich nur einen Bruchteil des Leides wiedergeben, das diese Konflikte hervorbringen – schockierend genug sind sie allemal. Werden sie hingegen aufgrund von politischen Konjunkturen mit summarischen Angaben kontrastiert, wird dieses Leid relativiert und politisch instrumentalisierbar. Menschenrechtsarbeit sollte auf klar dokumentierte Einzelfälle fokussieren und sich durch ein klares methodisches Vorgehen der politischen Instrumentalisierbarkeit bewusst entziehen - sonst droht sie, durch die Aufrechnung politisch manipulierter Opferzahlen die Empathie für die Opfer zu vernichten. Das ist dem vorliegenden Bericht der UN-Generalsekretärs nicht gelungen. Es scheint auch nicht beabsichtigt gewesen zu sein.